

# Saale-Zeitung.

Dreizehnteljährlicher Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenzeit oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Colletts 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von welchen Anzeigen und allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Bekamen die Zeit 60 Pfg.

Erkennnt wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst monatlich täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Zeugungspreis

Ein Blatt vierteljährlich 2,50 M., bei monatlicher Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., vierteljährlich 2 M., einmonatlich 1 M., auswärts beifügen. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Nr. 6908 des amtl. Zeit.-Berg.

Für die Redaktion verantwortlich Dr. Oswald Schulte in Halle.

[Ferndruckverbindung Nr. 176.]

Nr. 208.

Halle a. d. Saale, Donnerstag den 4. Mai

1899.

## Deutsches Reich.

Der Postzeitungsart.

mit dem wir uns schon zu wiederholten malen im Februar d. 3. näher befaßten, ist seitdem im Plenum des Reichstages in Kürze und danach in der Subkommission des Reichstages des näheren behandelt worden, in der letzteren sogar noch in einer besonderen Subkommission. Die Ergebnisse, die der ursprüngliche Reichstagsbeschluss vorgelegt, sind nunmehr festgesetzt worden. Man gewinnt aus den gestern gefassten Beschlüssen gegen den Entwurf, als habe man noch ein komplizierteren Berechnungsverfahren in Aussicht gebracht, als es der erste Entwurf enthielt. Die Kommission beschloß, am es noch einmal zu wiederholen, folgende Sätze:

Die Zeitungsgebühr beträgt a) 3 Pfg. für jeden Monat der Bezugzeit; b) 15 Pfg. jährlich für das wöchentlich einmalige oder seltenere Erscheinen, sowie 15 Pfg. jährlich mehr für jede weitere Ausgabe in der Woche; c) 10 Pfg. jährlich für jedes Mitrogramm des Jahresgewichts unter Gewährung eines Preisergönsnisses von 1 Mitrogramm für jedes wöchentlich einmalige oder seltenere Erscheinen. Das Jahresgewicht wird nach dem tatsächlichen Gewicht der Zeitungsnummern des vorzunehmenden Rechnungsablaufs für jedes Kalenderjahr festgestellt; Durchschnitt eines Mitrogramms werden als ein volles Mitrogramm gerechnet. Der Verleger hat den Verlagspostamt ein vollständiges Abdruckexemplar von jeder Zeitungsnummer zu liefern. Bei neuen Zeitungen erfolgt die Gewichtsbestimmung für das erste Erscheinungsjahr vierteljährlich nach Maßgabe der tatsächlich erschienenen Zeitungsnummern.

Nach der näheren Begründung dieser Vorläufe durch den Abg. Paasche entfallen die Vorläufe folgende Abänderungen gegenüber der ursprünglichen Vorlage:

Der neue Antrag will die monatliche Bestellung jeder Zeitung möglich machen und legt deshalb für jede monatliche Bezugzeit eine Gebühr von 3 Pfg. fest. Dies ergibt allerdings nur 36 Pfg. für das Jahr gegenüber 40 Pfg. der gegenwärtigen Vorlage. Das Entscheidende liegt in der Gewährung eines Preisergönsnisses von 1 Mitrogramm für jedes wöchentlich Erscheinen, was etwa die Hälfte aller Zeitungen, und zwar die kleineren, von dem Einfluße der Gewichtsberechnung auf die Zeitungsgebühr frei macht und damit die großen Gewichtszahlungen höher bezahlt als bisher, die politischen Zeitungen mit 60 Pfg. und die kleineren mit 40 Pfg. befreit oder gar nicht mehr befaßt, sondern nur zwei sog. entlastet. Der Antrag der Subkommission verweist weiter den Vorstoß der Regierungsvorlage, das Gewicht der Zeitungen alljährlich nur für einen Zeitraum von zwei Wochen zu ermitteln, indem er die Festsetzung des tatsächlichen Gewichtes fordert und diese hinsichtlich der Feststellung auch endgültig macht, so daß die in der Regierungsvorlage vorgeschlagene spätere Korrektur in der Gewichtsberechnung wegfällt. Diese beide der Zeitungen den Vorteil größerer Sicherheit in Bezug auf die zukünftige Skalifikation und räume ihnen einen Vorzug in der Gewichtsberechnung nach oben auf etwa fünfwert zu geben ein. Dieser Vorstoß macht auch den Vorstoß des Antrages der Subkommission entfällt, die Durchschnitt eines Mitrogramms als ein volles Mitrogramm zu rechnen. Endlich schlägt der Antrag der Subkommission die Streichung des

letzten Satzes des § 10 der Regierungsvorlage in sich, wonach den Zeitungsverlegern eine Vergütung von 5 Pfg. für 100 leistungsparte Zeitungsnummern eingeräumt wird.

Das wir schon bei den früheren Besprechungen des Reichstages schon Entwurfs gefaßt haben, können wir auch heute nur wiederholen, nämlich: Diese Tarifforderungen sind es nicht, sondern von Nachteil für die mittlere und kleinere Presse. Nach den Vorläufen, die hier festgelegt werden sollen, würde sich z. B. die Postbeförderung der „Saale-Zeitung“ um jährlich 208 M. verteuern, und so würde es vielen Blättern von ähnlicher Umfang und Abonnementspreis ergehen. Der Verlust von den neuen Sätzen hätte nur die großen und thürken Blätter, für die schon der ursprüngliche Tarif eine größere Tarifermäßigung vorgesehen hatte, die aber — und das geht auch aus den oben mitgetheilten Ausnahmen des Abg. Paasche hervor — noch mehr entlastet würden. Das ist eine Einseitigkeit fundergehen, und wir können diese nur aus der Zusammenlegung der Kommission erklären, in der wahrlich, wie das ja heuteutage leider üblich ist, einseitige Parteinteressen allzuweit den Ausschlag gegeben haben. Man erschwert der billigen und kleinen Provinzpresse, die ohnehin unter der Konkurrenz der großen und kleinen kaufmännischen Blätter einen schweren Kampf zu führen hat, die Erteilung und weist damit alles andere als die zielgerichtete Politik zur Hebung des Mittelstandes. Wir hoffen, daß die aus allen Theilen des Reiches, und nicht bloß einseitig von der sog. „Minorenpresse“, erhobenen Proteste wenigstens noch in Plenum unserer Reichsversammlung Beachtung finden, noch mehr aber, daß die meisten Abgeordneten über die bekannnten Klagen der Provinzpresse über den vorgezeichneten Tarif und ihre wohlgegründeten neuen Vorschläge, über die man in der Kommission leichsinig hinweggegangen ist, anders denken als die Kommission.

Der „Zrenzhänder.“

SS Berlin, 3. Mai. Während der Reichstag kürzlich auf ein paar Tage in die Penarferien ging, ist dem deutschen Volke von der 11. Kommission des hohen Hauses hinterwärtig ein neuer Demarke mit neuen Titel verkehrt worden: der Zrenzhänder. Es soll darunter die gewöhnliche Reichstagsversammlung verstanden werden, die vom 1. Januar 1900 an bei jeder Hypothek-Altien-Bank als Vertreter der Pfandbriefgläubiger zu bestehen ist, um ihre Rechte in vollstem Maße wahrzunehmen. Die Kommission des Reichstages hat ihn nach den Vorläufen des Bundesrats mit einer außerordentlichen Hilfe von Nachleistungsmitteln ausgestattet. Die Geschäftsführung der Banken erhält durch die Kontrolle seitens des Zrenzhänders gleichsam „öffentliches Aufsehen“ und das um so mehr, als diese Persönlichkeit, die nach dem Entwurf des Hypothek-Bankgesetzes durch die Vermählung der Pfandbriefgläubiger bestellt werden sollte, nach einem in der Kommissionssitzung vom 1. Mai gefassten Beschlusse von der Aufsichtsbörde, d. h. der Staatsregierung, ernannt werden wird. Damit ist sowohl für die Bank als für die Pfandbriefgläubiger eine doppelte Sicher-

heit geschaffen. Die Aufsichtsbörde kann nämlich bei jeder Hypothekbank einen Kommissar bestellen, der unter Leitung dieser Börde die Aufsicht ausübt. Wie wir hören, besteht überall der Kommission jeder die Pflicht, den Zrenzhänder, der bei jeder Hypothekbank bestellt werden muß, mit diesem Kommissar, dessen Bestellung der Aufsichtsbörde freigestellt ist und natürlich im Sinne des Gesetzes nur dort erfolgen soll, wo besondere zweifelhafte oder verdächtige Verhältnisse vorliegen zu identifizieren. Die Hypothekbanken werden, wenn sich diese Aufsicht zu einer gezielten Vorrichtung verhalten, bei jeder kleinsten geschäftlichen Maßnahme, auch wenn sie sich nur im Rahmen der laufenden Obliegenheiten bewegt, durch den Staatskommissar beobachtet, beaufsichtigt, kontrolliert und bedrückt sein, und dadurch würde besonders die Abwicklung der Geschäfte in einer gegen die Interessen der Pfandbriefbesitzer verstoßenden Weise verzögert werden.

Wundelstehere Patiere.

Aus der Kommission zur Vorbereitung des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (1. Morgenblatt) wird uns noch berichtet:

Die Aufnahme der Schuldverpflichtungen (Hypothekendriefe und Kommunal-Obligationen) der Preussischen Hypothek-Altienbanken: In die Zahl der mündelsteheren Patiere ist in der Kommission mit 17 gegen 11 Stimmen erfolgt. Aus der Besprechung ist hervorzugehen, daß der Zustimmung sehr entgeglichen gegen die Aufnahme der Patiere sich erklärt hat, indem er darauf hinweist, daß diese Aufnahme zu sehr erheblichen Differenzen zwischen den beiden Parteien des Landtages führen und das Zustandekommen des Ausführungsgesetzes gefährden könnte, und indem er anheingab, ob es sich nicht empfiele, diese Frage in einem besonderen Gesetze zu regeln. Von konteraktiver Seite war gegen den Antrag, diesen Patieren Wundelstehereheit beizulegen, insbesondere die nicht geringe Sicherheit der Altienbanken, die nicht genug strenge Aufsicht der Staatsbehörde und die dadurch zu beirrtigende Konkurrenz der Landbanken entgegengehalten worden. Wegen dieser Bedenken erklärte ein Regierungskommissar aus dem Landwirtschaftsministerium, daß die Sicherheit der hier in Frage kommenden Hypothekendriefe und Kommunal-Obligationen sei, daß die Staatsaufsicht leicht genug und nach der erlangenen Vorschriften genügt werde und daß die Erhöhung der Landbanken und der Staatspatiere nur eine unvortheilhafte sein werde. Die Erläuterungen hielten zwar ein anderer Regierungskommissar abzuweichen; jedoch, wie gesagt, ohne Erfolg. Es sind durch diesen Bericht also unter die mündelsteheren Patiere aufgenommen worden: a) Die Schuldverpflichtungen (Hypothekendriefe, Kommunal-Obligationen) der unter staatlicher Aufsicht stehenden Preussischen Hypothek-Altienbanken. Den unter Ziffer 4 bezeichneten Wertpapieren form die Wundelstehereheit durch die Aufsichtsbörde entzogen werden. Die Entlegung ist durch das Ministerium zu veröffentlichen.

Glottensanitäts.

Es erwählten gegen die Ausführungen der „Nat. Korr.“ die sich gegen den Verein richteten, und der Aufsicht auf eine weitere Verstärkung der Kriegsstelle gegen den Mittelatlant

[Standort verlesen.]

## An der Bahre des „geborenen Präsidenten“

II.

„Am des Märzens Sommerende ist der Kaiser uns geboren.“ lang Deutsch von Armin in einem schwingenden Gebicht, nachdem im Bundesrat den Beschlusse des deutschen Parlaments verhandelt hatte, nach welchem dem Könige von Preußen die deutsche Kaiserkrone überbracht werden sollte.

Am ganzen Erde erhob sich freudige Begeisterung. Alle Patrioten, welche für die Wiederkehr des einzigen deutschen Kaiserreichs gestritten und gelitten hatten, glaubten sich am Ziele ihrer heißen Sehnsucht. Und sie hatten ein Recht zu diesem Glauben, nachdem Friedrich Wilhelm IV. selbst das deutsche Banner ergreifen und, mit dem schwarz-rot-goldenen Banner geschmückt, durch die Straßen von Berlin geritten war, um der Bürgerchaft anzukündigen, daß er sich an die Spitze der deutschen Bewegung stelle und Deutschlands Freiheit, Deutschlands Einheit wolle. „Eine neue glorieuse Geschichte hebt mit dem heutigen Tage für euch an!“ Ihr seid fortan wieder eine einzige große Nation, stark, frei und mächtig im Herzen von Europa.“

Am dieses Gedächtnis anzuschauen, um es zu führen durch den Willen des Volkes, waren die Männer in Frankfurt empfangen an der Arbeit gewesen. Freilich manches Herz zuckte in banger Sorge um die Entlassung. Manne berichtet in seiner Lebensbeschreibung des Königs, daß derselbe ihm später oft gesagt haben, wenn er an die Wärtage erinnert wurde: „Damals lagen wir alle auf dem Banne.“ Den schwarz-rot-goldenen Linnit nannte der König nur noch „eine Komodie, die man ihn habe spielen lassen.“ Und in romanischer Begeisterung hat das Haus Hohenzollern des Friedrich Wilhelm IV. nur zu bald jeden Gedanken an die deutsche Kaiserkrone ban jagt. Eine ganze Reihe von Neuerungen, welche der schwarze überliefert sind, geben Zeugnis von dem Schwanken und Wanken des Königs in jenen Tagen. Schon im Jahre 1848 wagte es die Linksparthei, dem Könige den Entwurf eines deutschen Reichsgesetzes, aus der Feder Dahlmanns gestossen und einzig unterstützt von Albert und Drobner zu überreichen, einen Entwurf, der bereits in großen Zügen die spätere Reichsverfassung enthielt. Aber der König wurde über diesen Vorschlag zornig und erwiderte dem großen Minister in zwei langen Briefen, daß an die Spitze Deutschlands nur das „Grenzland Österreichs“ treten dürfe. Offenbar schrieb er an Metternich, die Krone Karls des Großen dürfe von niemandem als einem habsburgischen Kaiser getragen werden, und das höchste Streben der Hohenzollern gehe auf den Besitz, des heiligen römischen Reiches

Erzschwert zu führen. Noch drastischer drückte sich Friedrich Wilhelm IV. gelegentlich aus, als er nach Bapiermanns Aufzeichnungen erklärte, er werde sich glücklich schätzen, „wenn er gleich seinen Vorfahren, den Kurfürsten von Brandenburg, einem Kaiser aus dem habsburgischen Hause bei der Krönung das silberne Wäschbecken reichen dürfte.“ Und als Baderath ihn noch später dringend zu der Annahme der Kaiserkrone zu bewegen suchte, mit dem Hinweis auf seinen großen Ahnen, der erwiderte Friedrich Wilhelm IV.: „Ich bin kein Friedrich der Große.“

Die besten Führer des deutschen Volkes, erprobt in Kämpfen und Nöthen, bemühten sich damals, dem König zur Annahme der Krone zu bewegen. Es war kein Geringerer als der große Ernst Moritz Arndt, der in der Weise des ersten Probenwortes an ihn herantrat, um ihn zu beschwören, des deutschen Volkes Segnen zu erfüllen. Er erinnerte ihn an das königliche Wort vom 21. März 1848, in welchem er gelobt hatte, alle seine Macht und die Stärke seines Volkes für die Stärke und Macht Deutschlands einzusetzen. Der Dichter, der einst geungen: „Was ist des Deutschen Vaterland“, er, der schon mit dem Herrn v. Stein an der Erhebung der deutschen Nation gearbeitet hatte, machte es dem König zur Gewissenspflicht, den ihm von der Nationalversammlung angebotenen Beruf nicht abzulehnen. Aber Friedrich Wilhelm IV. antwortete dem Dichter in einem Schreiben, welches an der damaligen Bestimmung des Herrschers leider keinen Zweifel ließ. Es heißt in diesem Briefe: „Auf eine Volkshaft, wie sie mir aus Frankreich droht, genügt mir das Schweigen. Ich darf und werde nicht antworten, um Männer, die ich ehre und liebe, auf die mich mit Stolz und Dankbarkeit blicke, nicht zu beleidigen. Dem was wurde mir geboten? Ist die Geburt des glücklich freireichenden Jahres 1848 eine Krone? Das Ding, von dem ich rede, trägt nicht das Zeichen des heiligen Kreuzes, drückt nicht den Stern und den Haken eines Kreuzes, ist kein Kreuz. Es ist das eigene Gudden auf das Haupt, ist der Krone, der Sohn von mehr als vierundzwanzig Regenten, Kurfürsten und Königen, das Haupt von hundert Millionen, der Herr des treuen und tapfersten Heeres der Welt der Revolution zum Beilegen gemacht wurde, und das sie keine!“ Die besten Worte schüttete Arndt ins Herz; aber sie konnten ihn nicht vermindern, von der Kaiserkrönung fern zu bleiben. Er schloß sich ihr an unter Simon's Führung, um aus dem Munde des Königs vielleicht noch eine andere Antwort zu erfahren. Und wie Ernst Moritz Arndt, so war der treue Bunde besessen, den König, der ihn mit seiner Freundschaft beehrte, von dem verhängnisvollen abwesenden Beschlusse abzubringen. Er wachte, daß des Königs Gemüth auch freudiger Begeisterung zugänglich sein konnte. Hatte doch

Friedrich Wilhelm IV., als er auf Schloß Babelsberg die Angelegenheit der Nationalversammlung empfing, erregt zu Binsen gesagt: „Das Parlament kommt, und die Fürsten werden nicht anbleiben.“ Und doch waren in der Umgebung des Königs und in besserer Fremdenkreise manche Kräfte wirksam, welche in der Richtung der Kaiserkrone arbeiteten. Schon vorher bei dem ersten Aufstehen der Idee des deutschen Kaiserthums der Hohenzollern hatte sich lebhaft für diesen Gedanken der Prinz Albert von Großbritannien wie sein Bruder, der Herzog von Württemberg, erklärt, ebenso wie Baron v. Stein, der verurtheilte Statthalter der Königin Viktoria und ein Mann von großem Berufsinne, der die Kaiserkrone als ein heiliges Zeichen der deutschen Einheit betrachtete, welche, wenn auch unter einzelnen Vorbehalten ganz manche Bestimmungen des Entwurfs des besten Grundgesetzes, die Errichtung eines deutschen Kaiserthums, lebhaft billigte. Freilich hinderte dieses Einverständnis nicht, daß der König in einem Briefe an Bismarck von größerer Offenheit seine Ablehnung gegen die Kaiserkrone ausdrückte: „Die Krone, die Sie meinen, vermehrt überflüssig mit ihren Außergewöhnlichen Revolution von 1848, der alternen, dümmsten und schlechtesten, weil auch gottlos nicht höchsten dieses Kaiserthums. Einen solchen imaginären Reich, aus Dreck und Letzen gebildet, soll ein legitimer König von Gottes Gnaden und nur gar der König von Preußen sich geben lassen, der den Segen hat, wenn auch nicht die Älteste, doch die edelste Krone, die niemandem gestohlen werden ist, zu tragen?“ Trotz dieses Schreibens aber war der König fünf Wochen später wieder gar nicht abgewandt, diese Krone anzunehmen. Bismarck war nach Berlin gekommen, und seine Gedanken blieben nicht ohne Eindruck auf den Monarchen. Das Ministerium Brandenburgs-Mantuffel hatte mit der Kaiserkrone Fühlung nehmen wollen und eine Note entworfen, welche sie zum Weitergehen auf ihrem Wege ermüdete. Und nach einem lebhaften Gespräch mit Bismarck, der den Kaiser gebunden waren verließ, fragte der König sich: „Was soll ich verlangen?“ „Dass die Note, die Sie mir am 23. Jan. 1849 ab. Und der König fügte hinzu, Bismarck möge mit Gagen sprechen, was er für richtig halte, und das große Wert zu liefern, und möge dabei nicht verweigern, daß der König in der Handlung einer und derselben Meinung mit ihm sei. „Halten Sie fest, wie überzeugt ich bin, daß die deutsche Sache verloren ist, wenn Frankfurt untergeht und die Angelegenheit in die Hände der Fürsten fällt.“

Aber so würdig Bismarck allezeit den Reichstag in dessen Hause repräsentirte, so würdig vertrat er das Volk auch außerhalb des Parlaments bei besonders feierlichen Gelegenheiten. Am, der im Jahre 1849 dem preussischen König die Kaiser-



Sozialgleichung nicht selten, sondern nur das Gefühl der Gerechtigkeit und Verantwortung. Herr v. Starobin sieht in seinen Extremen wohl hier allein, selbst bei den Konstitutionellen nicht so kleine Unterschiede. Der die Stellung der freiständigen Arbeiter zu sozialen Fragen fenne, müsse die Neigungen des Dr. Böhmert sonderbar finden, er gleiche eher einem gelehrten Aufstouler. Der Antrag v. Döhl sei ihm nicht durchdringt genug, die Gerechtigkeit seien vielleicht doch nicht die geeignete Grundlage zu Dummheiten, dagegen wäre die festschlechte Partei wohl der Anträge ohne die Arbeitstammungen anzunehmen, denn sie entsprechen ihrer früheren Stellungnahme. Die sozialistischen Griffe haben als Ziel eine gemeinsame Organisation der Arbeitgeber und Arbeiter und diese Ziele seien heute noch nicht erreicht, ebensowenig wie alle Ziele der sozialen Gruppierung. Alles das, was auf dem Gebiet der Arbeitergleichung erreicht worden sei, sei nur durch Sozialistische und das Centrum erreicht worden unter Anleihen der National-Liberalen, aber gegen die Sozialdemokratie. Er könne sich wohl eine gemeinsame Organisation der Arbeitgeber und Arbeiter denken, aber ideale, wie sie Herr Döhl entwickelte, scheitern oft an einem ganz anderen Weg. In der Monarchie erfolge auch die festschlechte Partei den besten Fall in den politischen Kämpfen.

**Hg. Wolfenbützel (Soz.):** Die herrschenden Klassen verweigern sich zwar sehr gern mit dem Staat. Die Konventionen erscheinen hier als arbeitertrennend, im preussischen Landtag zeigen sie aber ein ganz anderes Gesicht, jedoch ist sich im Landarbeiter-Kampfe. Bei sozialen Fragen müssen die Konventionen die Bedeutung des Wohlfühlens der Sozialdemokratie, bei den Arbeitern aber der Bräunlichkeit und Arbeiterleben seien sie weniger bedenklich und nehmen zunächst die Millionen trotz Antagonismus. Die vorliegenden Anträge entsprechen dem Teil früheren Anträgen der sozialdemokratischen Partei, auf deren Einzelheiten ich nicht einzugehen will. Die Sozialdemokratie sei nicht die Ursache, sondern die Frucht der Gegensätze der heutigen Gesellschaft. Wenn Herr Döhl meine, die Sozialdemokratie sei schamer geworden, so werde das Gegenteil aus den sozialdemokratischen Schriften bewiesen. An unüberredeten Verträge flammere sich die Partei nicht, werde ein solcher für falsch oder veraltet erkannt, werde er eben über Bord geworfen. Das Anträge betriffe, so entstehen sie einlässig Annehmbar, seien aber in ganzen haarscharf und ungeschicklich.

**Hg. Zehn v. Stamm (Soz.):** Niemand bestreite die völlige Gleichberechtigung der Arbeiter, nur hätten ihre Interessen nicht so überhand genommen, daß sie Vaterland und Industrie

in gleicher Weise gefährden. Auch er lehne nicht jede Organisationsmaßnahme ab, er erlaube das Anknüpfen. Bemerkend müsse man werden, daß eine neue Organisation zu einer neuen Stellung der Sozialdemokratie führen würde. Die Arbeitstammungen und die erweiterten Gewerbevereine kämen den Wünschen der Sozialdemokratie weit entgegen. Insbesondere sei die Vollzeit der Sammlung durch diese Anträge schwer geschädigt. Er erlaube ein persönliches Bestehen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter. Die Anträge würden sicher der Sozialdemokratie keinen Abbruch tun, sondern nur die weitere Beratung mit vertragen. Es folgen persönliche Bemerkungen der Abg. Böhmert und Kaisermann.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Fortsetzung der heutigen Verhandlung und kleinere Vorklagen.  
Schluß 7,6 Uhr.

### Ausland.

#### Deutsch-Österr.

Einem protestantischen Barrer aus Krefeld, der, um sich über die österreichischen Verhältnisse zu informieren, einen durchaus unpolitischen und, wie er sagt, lediglich religiös-sittlichen Ausflug nach Österreich machte, ist das Wälschthal wiederfahren, das er auszugehen wurde, und zwar, nachdem man ihn vorher in Haft genommen, persönlich untertucht und seine Holzschinder wegen der Zeit mit Verhör verlegt hat. Man wurde er verurteilt in der nächsten Woche über die Grenze geleitet.

Verwerden über Eröffnung von geschlossenen Verleihen an Deutschland, in welchen Durchfallen vermietet werden, laufen unter Verletzung der betreffenden ererbenden Verleihen in Wien jetzt täglich ein. Nach der prager Narodni Viny halten die Tschechoslowaken heute eine wichtige Sitzung in der tschechoslowakischen Reichsversammlung über die politische Lage und die Absichten der Regierung berichtigend. Nach einer weiteren Erklärung des genannten Wortes berufen sich für die nächsten Wochen ernste Dinge vor. Man könne jetzt von Bläuen der Regierung sprechen, die nicht länger auf die Entschuldigungen der Deutschen warten wird. Das tschechische Parlament hat jetzt nicht mehr die Möglichkeit auf die Dekretion, sondern die in der Majorität. Das Schweregewicht der Situation werde nunmehr in die Rechte verlag werden.

In der Angelegenheit der Demolierung der Bräunlicher Schule hat der Oberste Gerichtshof das letzte Wort gesprochen. Das Urteil des prager Oberlandesgerichtes, welches die Gemeinde verpflichtet, die demonte Schule wieder in Stand zu bringen, wurde bestätigt und die Gemeinde zur Schließung des Hofes mit 300 K. an den Vertreter des tschechischen Schulverwaltungsbereichs, Dr. Spindler, verurteilt.

Der neueste ungarische Reichstag hat sich damit erlassen, daß der Minister des Innern eine deutsche Miltäranführung in Ungarn verbietet und telegraphisch eine deutsche Vertretung in der Tschechoslowakischen Regierung untersagt.

#### Schweden und Norwegen.

Infolge des in Reichstagen gestellten Antrages, daß Unterhandlungen eingeleitet werden sollten, um Zwische einer von den drei skandinavischen Ländern Schweden, Norwegen und Dänemark an die fremden Mächte zu richten, prinzipiellen Neutralitätsklärung, beschloß der Reichstag, daß dieser Antrag keine weiteren Schritte zur Folge haben sollte. Der Reichstag hat jedoch dem unrichtigen Wunsch Ausdruck gegeben, daß Schweden und Norwegen in Frieden leben möchten, ohne sich in die Angelegenheiten und Streitigkeiten anderer Staaten einzumischen. Auch erwartet der Reichstag, daß die Regierung seine günstige Gelegenheit verstehen werde, um das Ausland davon zu überzeugen, daß Schweden und Norwegen einmütlich befehligt sind, im Falle eines Konfliktes anderer Mächte die strenge Neutralität zu wahren.

Im übrigen bilden die energischen Klümpchen der Weiden standmäßigen Beispiel zur Arbeitserleichterung. Ist doch in Schweden von der Geschichte der Weidenbau in einem letzten Fall vorgetrieben. Bekanntlich wurden in baltischen Reichsbau jüngst gegen 5 Millionen Kronen für den Umbau dreier vorhandener Reichsbauwerke geordert und aus den beiden Kammer bewilligt. Aber außerdem bewilligte die Erste Kammer noch über 13 Millionen Kronen für drei neue Reichsbauwerke in der Provinz Kronoberg, die dem Zweck bewilligt werden und deshalb noch jetzt eine gemeinsame Abstimmung hat, bei der die von dem ersten Kammer beauftragte und bewilligte Summe mit über 100 Millionen Reichsmark durchging. Es geschieht einem Ministerium gewiß nicht oft, daß er eine so reichlich größere Summe, als geordert worden ist, erhält und die Sache gleich dem und besonders in Norwegen sehr zu denken, wo man diese Reichsbauwerke als einen Ausdruck der in Schweden herrschenden Stimmung gegen Norwegen betrachtet und die Antwort nicht schuldig bleiben will. Man wird auch vielleicht nicht fehlgehen, wenn man diese Bewilligung als die Zustimmung über die dem Kronprinzen-Regenten in Schweden widerfahrenen Unfall und die drohende Strafe, die manche Mächte Norwegens in letzter Zeit führten, ansieht.

#### Frankreich.

Im neuen Lande beginnt eine heilige Bewegung der gemäßigten Antiklerikaler gegen das Unfallsverfallungsgebot, das am 1. Juli in Kraft treten soll; sie ist zunächst auf Sinnhaftigkeit des Gesetzes abzielt, doch wird eine gründliche Umänderung angelehrt. Viele Blätter, die sich über die Stimmung der Abgeordneten ausprechen, wollen wahrgenommen haben, daß viele, die bisher entschiedene Gegner der Wiederabnahme des Dreizehn-Prozentes waren, mit geänderten Anschauungen aus ihren Reihen nach Paris zurückgekehrt sind; zwei Drittel der Abgeordneten sollen jedoch bei der Aufhebung des 1894er Wahlgesetzes nicht mit einverstanden sein, doch an den nächsten keine Verletzung geist werden.

#### Spanien.

Das unruhige Pariser Blatt vertritt den Vorfall des in Paris abgeschlossenen Friedensvertrages. Der neulich im Theater verheilte Chamot ist gestern früh in Freiheit gelegt worden.

In Spanien Spaniern und Portugiesen kam es am 2. August in der spanischen Stadt Madrid zu einem Aufstand. Auf dem Platz wurde eine spanische und eine portugiesische Soldaten in Konflikt. Der Bruder der Frau erwiderte die Beschimpfung und es entstand zwischen Spanien und Portugiesen ein allgemeiner Streit. Durch die Vermittlung anderer Soldaten gelang es, Frieden zu stiften und einen ewigen Konflikt zu vermeiden. Es herrscht über den Vorfall große Erregung.

#### Italien.

Der perfide Gesandte in Berlin hat zwar die Möglichkeit der Meinung, daß Berlin den Hofen von Venedig in einem Aufstand verpackt habe, bestritten, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß Niland den Zugang zum Eismeer durch den Bosphorus nicht zulassen wird. Vielleicht hat es das China-Abkommen mit England nur getroffen, um freie Hand für seine perfiden Pläne zu erlangen. Inoffiziell denken verschiedene Anzeichen darauf hin, daß Berlin in nächster Zeit der Schumpel des tschechisch-ungarischen Gegenstandes werden dürfte. England scheint die russische Reichsarbeit am Bosphorus nicht sehr zu fürchten, obwohl es vielleicht, wie eine persegerte Ruschik des B. E. unterfand bemerkt, richtiger wäre, wenn Niland Berlin ruhig den russischen Vätern zum Verschlingen überlasse und sich mit seinem eigenen Wohlstand an dem alsdann sicher weit ungeliebteren Beside Indiens begnüge.

gleicher der Deputation hat und absieht. Zwischen dem König und Simon wurde die Diskussion bei der Tafel so scharf und reich, daß die Hölle sich auf eine Katastrophe gefaßt machten.

Simon's Blick in dieser Hinsicht bildete für die Deputation ihr Empfang bei dem Prinzen von Preußen, dem späteren ersten deutschen Kaiser. Am Abend des 3. April wurde die Deputation von dem Prinzen wie von dessen Gemahlin, der späteren Kaiserin Augusta, in der liebenswürdigsten Weise aufgenommen und erhielt Vergeltung für die Befandlung, welche sie im königlichen Schloß von Bellevue erfahren hatte. Wir lassen über diesen Empfang das Wort einem Mitgliede der Deputation. Karl Wiedemann hat in Erinnerung an den „Paulisthron“ im Jahre 1849 berichtet und diesen Bericht noch im Jahre 1886 in seinem Werke „Mein Leben und ein Stück Zeitgeschichte“ wiederholt: „Am Abend des 3. April waren wir zum Prinzen von Preußen geladen. Wir kamen dahin wie zum der schmerzlichen Eindrücke des Morgens. Der Prinz, ein gerader, krasser, militärischer Charakter, empfing uns, durchdrungen wie man sah, von der hohen Bedeutung dieses Tages. In einfachem, tief eingehendem Gespräch suchte er uns zu überzeugen, daß der Eindruck, den wir aus der Antwort des Königs und der Aufnahme unserer Sendung bei ihm geschöpft hatten, der Eindruck, als wolle man mit der Nationalvermittlung brechen, sei wenigstens beiseite geschoben und keinen Weg ohne sich gehen nicht der richtige, nicht der habhaftigste sei, daß man den Bericht und die Bedeutung des Ausbretens der Gesamtvermittlung Deutschlands vollkommen anerkannte und nur aus Rücksichten der Politik die von Berlin den entscheidenden Schritt nicht ohne die Zustimmung der anderen Fürsten thun könne. Die Prinzessin, eine Frau, bei welcher Ehre und Gemüth um den Vorrang streiten, vielleicht der stärkste politische Kopf und das wärmste patriotische Herz am Hofe zu Berlin, hat, lehrhaft uns fast, mit dieser Bewegung in ihrer Stimme und ihren Mienen, an dem glücklichen Ausgang unserer Sendung nicht zu verzweifeln, das Werk der Verständigung nicht vornehmlich abzubrechen. Es werde, es müsse noch alles gut werden; das Ziel sei ja ein so notwendiges. Leider war es nicht das erste Mal, daß diese edle Frau das unglückliche Schicksal der Kaiserin trauerte, ungehört zu weigern und zu warnen. „Ach, er hatte ja seine Kinder!“ hatte sie schon damals gerufen, als sie, die drohenden Wälschürme lange vorausahndend, rechtzeitiges Entsetzen und Vorbeugen vergebens persönlich anrieth. Sie konnte es jetzt wieder ausdrücken im schmerzlichen Hinblick auf ihren Sohn, mit dessen eisigen Erbteil ein so gewagtes Spiel gespielt ward. Gewiß, um hundertlos eine Politik zu verfolgen, welche nicht nur das kurze Leben eines Menschen, sondern auf die Dauer, die Größe und den Ruhm ganzer Geschlechter berechnet ist, muß man — ein Friedrich der Große sein.“

Mit diesen Bericht stimmt überein, was ein anderes Mitglied der Deputation, nämlich Beller, berichtet. Auch er sagt, daß die tiefsten Worte des Prinzen, welche ebensowenig von der Lokalität gegen den königlichen Bruder wie von seiner politischen Einsicht und deutschen Gesinnung zeigten, und die Pathos und Anmut der Prinzessin, die Wärme ihres patriotischen Gefühls bei allen Mitgliedern der Deputation einen unauflöselichen Eindruck hinterließen. Auch Beller erzählt, daß Ministerium habe vom König seine Entlassung verlangt, der König aber habe sich geweigert und hinzugefügt, daß er bedenken wolle, wenn er seinen Weg nicht gehen könne. Es sei

die Meinung verbreitet gewesen, der Prinz von Preußen werde den Versuch erhalten, die neue große Aufgabe Frankreichs mit Entschlossenheit durchzuführen. Diese Sage löst sich auf die Erblichkeit der Kaiserkrone; weil sie erblich, betrefte sie das ganze Haus Hohenstaufen. Man erinnert sich an das bekannte Wort, welches ausgerufen worden war, als der König die drohende Märzrevolution nicht verhindern gewollt durch Proklamierung einer konstitutionellen Verfassung. „Er hat ja seine Kinder“ hatte das Wort gelaute. Und von dem Empfang der Deputation bei dem Prinzen von Preußen berichtet Laube: „Dort war Sim und Wärme für den deutschen Bundesstaat der Reichsversammlung zu finden gewesen. Der einfache offene Ton des Prinzen hatte jedermann wohlgefallen und die Prinzessin alle Herzen gewonnen durch geistvolle und wahrhaftige Theilnahme für die Sache des Vaterlandes.“ Endlich liegt ein weiterer Bericht über diesen Vorgang anheimend ebenfalls von einem Mitglied der Deputation vor. Dort heißt es: „Das persönliche Gegenstück zu diesen persönlichen Eindrücke dagegen der Abend desselben Tages, wo die Deputation zum Prinzen von Preußen zum Theil geladen war. In den Kreisen des Prinzen wurde die Antwort des Königs feinsinnig als Ablehnung aufgefaßt. Die Geladenen speisten an kleinen Tischen zu vier oder sechs Personen. Augusta, die Prinzessin von Preußen, vertrat ihren Ehegatten gegenüber lebhaft und berechtigt die Überzeugung, daß die Antwort des Königs keine Ablehnung enthalte. Bestimmter äußerte dagegen Simon und die übrigen Abgeordneten, die mit der Prinzessin an einem Tische saßen, ihre gerechtfertigte Überzeugung. Da trat der Prinz von Preußen schweigend mit dem Worten hinzu: „Ich glaube gar, man freiset sich hier,“ und bestieg laut und entschlossen die Anhöhe seiner hohen Gemüth. Alle diese Berichte lassen an der warmen Meinung des Prinzen von Preußen keinen Zweifel, und wenn derselbe veranlaßt ward, später eine öffentliche Erklärung der Ablehnung der Kaiserkrone abzugeben, so ist es nicht schwer, die Beweggründe dieses Schrittes zu erkennen.

Ziel verstimmt führte die Kaiserdeputation nach Frankfurt zurück. Der schon unwohl nach Berlin gerisste, von jeder körperlich schwächliche Präsident Simon wurde auf das Krankenlager geworfen. Bald folgte dann, nachdem Preußen in einer Note nach Frankfurt entgegnete die Reichsverfassung und die Kaiserwürde abgelehnt hatte, der bekannte Austritt der meisten Reichstags-Abgeordneten aus dem Parlament; noch schwerer leitend ging Simon in seinen Parteifreunden zu den neuerlichen Verhandlungen nach Göttingen, um dann auch den unglücklichen Versuch des Dreikönigsbündnisses als Präsident der zweiten Kammer des Ersten Reichstages als eigener Anhängling zu beobachten. Hier kam Simon in nähere Berührung mit Herrn v. Bismarck-Söhne, der das Amt eines Schriftführers inne hatte. Herr v. Bismarck gehörte nicht zu den Anhängern des Präsidenten. Er äußerte vor der Wahl über ihn: „Ich halte es durchaus für kein Unglück, wenn der Präsident gewählt wird — ein Unglück wäre es bloß, wenn ich meine Stimme gäbe.“

Das Schicksal des Dreikönigsbündnisses und der Ersten Union ist bekannt; noch bekannter ist der unglückliche Name Dmwig, von dem Franz Bismarck, dazumal ein Vertheidiger des Ministeriums, in seiner jüngsten Rede gesagt hat, daß es das Salvo der deutschen Nationalität gegen Niland wegschneiden habe. Nach dieser Unterwerfung des preussischen Staates unter die Machtgebote des Westwälschens war selbst für gemäßig

liberale Männer wie Simon kein Raum mehr für eine Befähigung am öffentlichen Leben. Simon hatte seit August 1849 auch der preussischen zweiten Kammer angehört und in derselben eine hervorragende Rolle gespielt. Er gehörte dem Verfassungsdirektionsausschusse an und war dann einer der bedeutendsten und entscheidendsten Gegner der Maßnahmen, welche die düsterste Zeit in der Geschichte des preussischen Verfassungsstaates einleiteten. Er bestrafte insbesondere auch die Überzeugung der politischen Presse in den Staatsgerichtshof, der Streit wärm gegen die Beeinflussung der Reichsverfassung durch die Verwaltung, um sich dann, als die Reaktion innewandert ihre Organe feiern durfte, ganz auf sein Amt zurückzuziehen.

Im Jahre 1858 als Abgeordneter für Königsberg wieder in die Kammer getreten, schloß sich Simon der altliberalen Partei an, um bald durch seine Verdienstamt, Sachkunde und Formgewandtheit wieder eine leitende Stellung zu erwerben. Schon das Jahr 1860 findet ihn neuerdings auf dem Präsidentenposten, den er freilich zeitweise verließ, als die Brandung des Konfliktes zu einem unermüdlichen Verhältnis zwischen Regierung und Volksweltung führte, welches seiner ebenmäßigen Natur überaus peinlich sein mußte, zumal schon in dieser Zeit an den anderen Absichten des Herrn v. Bismarck für eingeweihte Kreise kein Zweifel bestand. Aber wievohl Simon stets gern freundschaftliche Beziehungen zu der Regierung unterhalten hat, so war er doch weit entfernt, derselben seine Überzeugung zum Opfer zu bringen. Es ist vielleicht die glänzendste Rede, welche er bei seinen Konfliktfällen gehalten worden ist, jene großartige Rede Simons gegen die Korruption in der Justiz. Diese Rede ist zugleich eine Ehre und Tugend zu Gunsten der Preusserei, welche Simon nach dem Worte Niebuhrs vertheidigte. Aber nicht gemüthlich werden kann, das taugt nicht. Aber nicht nur in der öffentlichen Verhandlung bewies Simon seine Charakterfestigkeit und Tüchtigkeit, sondern auch als Vorsitzender und Mitglied der Justizkommission, deren Geschäfte er leitete, bis er im Jahre 1867 den Wiedertritt in das Abgeordnetenhaus ablehnte.

Es bedarf nicht der Erinnerung, daß mit diesem Verzicht die parlamentarische Tätigkeit Simons ihren Abschluß nicht gefunden hatte. Als wiederum ein deutsches Parlament zusammentrat, war es fast ein selbstverständliches Ereignis, daß der „geborene Präsident“ wiederum zur Leitung der Verhandlungen berufen wurde. Das mußte dem Volke als eine Anerkennung an die Bestrebungen von 1849 erscheinen, als eine Legitimation der nationalen Idee. Leider konnte sich weder die altpreussischen Konserverativen noch die Partikularisten der Kleinsten zu einer solchen Huldigung an den Einheitsgedanken verstehen. In der Sitzung vom 2. März 1867 gaben die nationalen und liberalen Abgeordneten 127 Stimmen für Simon ab, während die Konserverativen, 95 Stimmen hoch, für den Präsidenten des preussischen Herrenhauses Grafen Eberhard zu Stolberg-Berger votierten, und die Partikularisten mit ihren 12 Stimmen für den letziger Weidenwälsch Wälder eintraten. Selber freilich war Simon's Wiederwahl mit Einstimmigkeit fast immer gescheitert. Denn betrachtete man ihn nicht als Parteimann, so konnte schlag niemand über seine ganz besondere Stellung zur widerlichen Leitung des Reichstages abgeben, als der Parteiführer gescheitert, gelten in erster Linie für den Präsidenten des Norddeutschen Reichstages, des Reichstages und endlich der gemeinsamen deutschen Nationalvertretung.

Fortlaufend bedeutende Eingänge der geschmackvollsten Neuheiten in

# Jackets, Kragen,

Regen- und Staub-Mänteln, Blonsen, Costumes, Costumröcken, Knaben- und Mädchen-Confection.

Vornehmer Geschmack, tadelloser Sitz, sowie sauberste Verarbeitung zeichnen meine Confection besonders aus. Sämmtliche Artikel sind mit festem Preise deutlich versehen.

Verkauf zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

## Geschäftshaus J. LEWIN

Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

**Schutz-Pocken**  
werden unentgeltlich jeden  
**Freitag von 3-4 Uhr**  
in der med. Klinik geimpft.  
**Prof. Pott.**

**Buchführung,**  
davon ital. 25 M. — einl. 15 M. — Einzel-  
Unterricht. Revisionen, Monats- und  
Jahres-Abrechnungen, Inventuren u. voll-  
ständige Neuerrichtung der Bücher  
übernimmt **F. C. Beyer**, Buchbinder,  
Strutenbergstraße 9.

**„Edelweiss.“**  
Dampfkräuserel und  
Plättanstalt,  
Reinigungs- 1257, Karlstr. 13.  
Abholung, sowie Aufwendung  
schleibt durch eigenes Ge-  
weh und folienfrei.  
Man verlange Preis-Ver-  
zeichniß.

**Haus-Arbeit,** sowie  
**Wasser-Arbeiten** aller Art  
sind reell und billig aus  
**A. Grün**, Friedrichstraße 25.

**Mit u. ohne Verwertung  
alter Wollschachen**  
lieferer Herren- und Damenkleiderstoffe  
aller Art, Teppiche, Strickwolle, Reimen-  
u. Baumwollwaren, billigen Preisen.  
**H. Eichmann**, Sölknerstr. 4, 8.  
Annahmestelle u. Musterlager d. Frau  
**W. Kraus**, Spiegelstr. 2, 8.  
Cuevarth, Landwehrstr. 21.

**H. Langrock Nachf.,** Joh. C. Feistkorn  
Sattlermeister.  
**Mittelstr. 1, an der unteren Steinstr.,**  
empfiehlt als Specialität folgende ein- u. zweifelhän-  
**Rutsch-Geschirre,**  
schwarz lackirte, neuflüßene, silberplattirte  
Reichläge in allen Preislagen.  
Sualetch empfiehlend nur selbstfabricirte Sättel.  
Anerkannt niedrige Preise.

**Vergleichen Sie**  
alle Angebote in Herren-Kleiderstoffen  
in Bezug auf Auswahl, Qualität und Preise.  
Dann kaufen Sie billig und bei  
**Christian Günther**  
LEIPZIG-  
PLACWITZ  
Behandlungs-  
Tuch-Versand-Geschäft  
Fordern Sie mit  
5 Pig. Karte kostenlose Zusendung von Mustern.

**Erste Hallesche Cognac-Brennerei**  
Brennerei 1274. **Gebrüder Kopf** Brennerei 1274.  
Istb. Verändlungsstraße 14, Eingang Schützenstraße  
(früher Glasbühnen-Schneidband).

**Brennabor Nr. 23 u. 27,**  
jedenfalls das Beste, was in Kinderwagen bis jetzt  
fabricirt wurde, im Preis unerreicht.  
**Vertreter: H. Schöning,**  
Große Steinstraße 67.  
Reparatur-Verkstatt.

Für den Anzeigenzettel verantwortlich: B. Köhler in Halle.

**C. Höpfner Nachf.**

## Fritz Möller, Photograph

jetzt  
nur noch: **Alte Promenade 1, pt.**

zwischen Stadttheater und Hauptpost, neben Bankhaus Lehmann.

Letzte Auszeichnung: **Goldene Medaille, Leipzig 1897.**

Häbsche moderne Räume, parterre.

Permanente Ausstellung.

**David's**  
**Napolitains**  
**David's**  
**Milch-**  
**Schokolade**

**Milch-Napolitains**  
¼ Pfd.-P. 60 Pig.  
**Milch-Schokolade**  
¼ Pfd.-Taf. 60 Pig.  
bieten selbst denjenigen, welche  
sonst Milch nicht vorzuziehen, ein  
gesundes Nahrungs- u. Genussmittel. —  
Touristen, Bergsteigern, Offizieren etc.  
besonders zu empfehlen.  
**Mocca-Napolitains**  
¼ Pfd.-P. 60 Pig.  
Durch Verwendung nur bester Mocas  
und Kakao ist der Geschmack  
unserer Mocca-Napolitains ein  
überaus zarter und köstlicher.  
Gesündestes Anregungs-  
und Genussmittel.

**Garten- und Balkon-Möbel**  
in solider und eleganter Ausführung.  
**Friedhofsbänke** M. 4.50. **Promenadenbänke** M. 10.  
**Complete Garnituren:** Tisch, Bank, Stühle und Sessel, von 24 M. an.  
**Tische, Stühle und Bänke** für Kinder.  
**Beistühle und Gartensitze.**  
**Transportable Rollschutzwände**  
für Gärten, Balkons, Terrassen, Restaurationen-Säle und Wohnzimmer.  
**Rafenmähmaschinen, Schlauchwagen,**  
**Gartenpflügen.**

Reiche  
Auswahl.  
Billigste  
Preise.

**Wilh. Heckert, Gr. Ulrichstr. 62.**  
Loose der **Kgl. Preuss. Klassen-Loterie**  
zahle sofort aus.  
**Gewinn-Peter Loewe, Berlin, Mohrenstr.**  
Telegr.-Adr.: Glückspeter Berlin.

Halle. Druck und Verlag von Otto Wendel.



## Sommerspiele, Zurrgeräthe,

**Gitterschranken,**  
**Sandbahren,**  
**Sandbänke,**  
**Sandformen,**  
**Gartengeräte,**  
**Wasserfontänen mit Stroh,**  
**Grasnetts, Planentts,**  
**Reiß- und Reiterwagen**  
tc. tc.

In größter Auswahl

zu billigen Preisen.

**Albin Hentze,**

24 Schmeerstraße 24.

## Fertige Betten von 17 M. an.

**Bettfedern und Rahmen.**

Große Auswahl in **Julett, Westfalen,**

**Beitender, Schlaf- u. Reisedecken bill.**

**Albert Hammer, Geißstr. 52.**

Leipzigische Straße 11, 1. Etage.

**Möbel-Magazin.**

Anerkannt billigste Bezugsanstalt

der Möbelbranche.

**Größtes Ausstattungs-Geschäft.**

Kaufleute und Brautleute sehr zu

empfehlen.

Vollständige **Wohnungseinrichtungen**

mit **Ankammer** nur 572 M.

**Salon.**

1 **Stuhlzimmer**, neueste Facon M. 110

2 **Berlin** mit **Wandkloppel** „ 60

3 **Salon** (Tisch) neueste Facon „ 30

4 **großer Säulen-Tisch** „ 50

5 **Wandstühle** mit **oberer** „ 30

**Wohnzimmer.**

1 **Wohnzimmer** mit **Wandkloppel** „ 30

2 **Wohnzimmer** mit **Wandkloppel** „ 30

3 **Wohnzimmer** mit **Wandkloppel** „ 30

4 **Wohnzimmer** mit **Wandkloppel** „ 30

5 **Wohnzimmer** mit **Wandkloppel** „ 30

6 **Wohnzimmer** mit **Wandkloppel** „ 30

7 **Wohnzimmer** mit **Wandkloppel** „ 30

8 **Wohnzimmer** mit **Wandkloppel** „ 30

9 **Wohnzimmer** mit **Wandkloppel** „ 30

10 **Wohnzimmer** mit **Wandkloppel** „ 30

11 **Wohnzimmer** mit **Wandkloppel** „ 30

12 **Wohnzimmer** mit **Wandkloppel** „ 30

13 **Wohnzimmer** mit **Wandkloppel** „ 30

14 **Wohnzimmer** mit **Wandkloppel** „ 30